



## Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

### **EU-Fördergelder an Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit knüpfen?**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die künftige EU-Kohäsionspolitik auf Bundes- und EU-Ebene auf eine Prüfung hinzuwirken, ob und ggf. wie der Erhalt von Fördergeldern aus den EU-Kohäsionsfonds an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Empfängerländern geknüpft werden kann. Ziel muss sein, dass die vertraglich vereinbarten Grundwerte der Europäischen Union auch in der praktischen Politik wieder zum Richtwert werden.

### **Begründung:**

Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine Wertegemeinschaft. In Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag) heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Die Achtung und Einhaltung dieser Grundwerte darf nicht zur Disposition gestellt oder einer beliebigen politischen Opportunität geopfert werden. Der EU-Vertrag und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) legen Verfahren bei Verstößen gegen EU-Recht fest. Zeigen sich diese als nicht einleitbar oder zielführend, sollte über andere Sanktionsmöglichkeiten zumindest nachgedacht werden.

Die amtierende Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat im Ministerrat Mitte November Presseberichten zufolge die EU-Kommission um Prüfung gebeten, die Vergabe von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. Diese Initiative verdient die Unterstützung der Staatsregierung, der aufgrund eigener spezifischer außenpolitischer Beziehungen besondere Verantwortung zukommt.